

# Maskulinistische Identitätspolitik

Birgit Sauer

## Zusammenfassung

Identitätspolitik wurde zu einem ideologischen Kampfbegriff gegen queer-feministische und postkoloniale Bewegungen. Der Artikel argumentiert, dass das Konzept Identitätspolitik für rechtsautoritäre Strategien herrschaftskritisch anwendbar ist und zeigt am Beispiel Deutschlands und Österreichs, dass rechte Parteien explizit Männer ansprechen, um Männlichkeit zu resouveranisieren. Die autoritäre Rechte konstruiert eine Bedrohung weißer Männlichkeit und verspricht Rettung durch maskulinistische Identitätspolitik.

## Schlüsselbegriffe

rechtsautoritäre Parteien, Maskulinismus, Bedrohung, Identitätsverlust, nationalistische Identitätspolitik

## 1 Einleitung

In emanzipatorischer Absicht betonen seit den 1970er Jahren feministische Bewegungen die Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen kapitalistischer, hetero-patriarchaler und postkolonialer Gesellschaften. Sie fordern die Anerkennung von Differenz statt deren Negation und Verleugnung (Combahee River Collective 1979: S. 365; Purtschert 2017: S. 20). Strategisch basieren diese herrschaftskritischen Zusammenschlüsse auf gemeinsamen Identitäten, die allerdings nicht als vorgängig betrachtet werden, sondern als in abwertender Weise zugeschrieben – Frau, lesbisch, Schwarz. Durch die gemeinsame Aneignung dieser askribierten Identitäten soll ein politischer Prozess der Anerkennung und der Beseitigung von Diskriminierung angestoßen werden. Identitätspolitiken haben also das Ziel, das ‚Private‘, die individuell erfahrene Ungerechtigkeit öffentlich und politisch zu machen.

Inzwischen ist Identitätspolitik zum Kampfbegriff geworden. Unterstellt wird, dass queer-feministische, postkoloniale und anti-rassistische Politiken gefährlich seien, weil sie nicht nur Queer-Sein, „wokeness“ oder geschlechtergerechte Sprache an die Stelle von sozialen

Dieser Beitrag wurde am 13.04.2026 im Living Handbook „Handbuch Politik und Geschlecht“ auf [budrich.publisso.de](https://budrich.publisso.de) veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der [Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International \(CC BY 4.0\)](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).



Zitationsempfehlung: Sauer, Birgit (2025): Maskulinistische Identitätspolitik. In: Klapeer, Christine M./ Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Handbuch Politik und Geschlecht. Politik und Geschlecht, Band 34. Version 1. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/pg.2026.mibs.1-0>

Das Handbuch wird in regelmäßigen Abständen im Verlag Barbara Budrich als Printauflage herausgegeben. Seitenzahlen und DOI in Print- und Online-Ausgabe weichen voneinander ab.

Fragen stellen (Neiman 2023) und damit eine Klassenperspektive verhindern (kritisch van Dyk 2019), sondern darüber hinaus rechte Politiken befeuern.

Die Identitätspolitik rechtsautoritärer Akteur\*innen propagieren anti-pluralistische und anti-demokratische Vorstellungen einer ethnisch gefassten nationalen Identität (kritisch: Betz 2003; Wodak/Rheindorf 2022). Für die Beschwörung einer gemeinsamen nationalistischen Identität der Ähnlichen und einer (vorgeblich klassenübergreifenden) Vergemeinschaftung in einem (National-)Staat unter Ausschluss von als ‚Anders‘ Identifizierten verwenden die rechtsextremen Gruppen der „Identitären“ die euphemistische Bezeichnung „Ethnopluralismus“ (Lichtmesz 2020). Diese Vergemeinschaftung ethnisch Ähnlicher, deren Identität und Identifikation mit einer Führungsperson zielen zugleich auf die Zerstörung des Demos als *politische* Organisation demokratischer Selbstbestimmung.

Rechtsautoritäre Akteur\*innen greifen auch in den Kampf um „hegemoniale Männlichkeit“ ein (Connell 2005; Löffler 2024). Sie sprechen mit ihren Kommunikationsstrategien insbesondere Männer an, mobilisieren Männlichkeit sowie deren übersteigerte Form des Maskulinismus, um damit Geschlechterverhältnisse zu redefinieren.

Die Anrufung von Männlichkeit und Maskulinismus in rechten Diskursen wurde inzwischen in der sozialwissenschaftlichen Literatur als wichtige Dimension rechter Mobilisierung hervorgehoben. Cas Mudde und Rovira Kaltwasser (2015) arbeiten unterschiedliche populistische Männlichkeitspolitiken in Europa und Lateinamerika heraus. Ov Cristian Norocel (2010) untersucht die Männlichkeitskonstruktionen der „Schwedendemokraten“ und Marion Löffler (2020) jene der FPÖ, während Myra Marx Ferree (2020) die Veränderungen in den USA als Wiedererstarken von männlichen „brotherhoods“ betrachtet.

Ich bezeichne diese rechten Strategien als maskulinistische Identitätspolitik, nämlich als das Versprechen, eine vermeintlich verlorengegangene männliche Identität wiederherzustellen (Sauer 2020; Sauer/Penz 2023). Maskulinistische Identitätspolitik unterscheidet sich von „männlicher Identitätspolitik“ als individualpsychologisches Instrument der Heilung verletzter Männlichkeit (vgl. Gottzén 2025) dadurch, dass übersteigerte Männlichkeit, also Maskulinismus als gesellschaftliche Struktur (re-)etabliert werden soll.

Diskreditiert es aber emanzipatorische Bewegungen, wenn von rechter Identitätspolitik die Rede ist? Sollte also ein anderer Begriff für diese anti-emanzipatorischen und anti-feministischen Mobilisierungen gewählt werden? Das Ziel meines Textes ist es, deutlich zu machen, dass Identitätspolitik als herrschaftskritisches Konzept und damit für die Analyse des anti-demokratischen Projekts der autoritären Rechten verwendet werden kann. Mein Text kritisiert das rechtsautoritäre Projekt, indem die maskulinistische Identitätspolitik sichtbar gemacht und als Teil der rechten Entdemokratisierungsstrategie analysiert wird.

## 2 Umkämpfte Identitätspolitik: Emanzipation oder Stillstellung von Politik?

Identitätspolitiken emanzipatorischer Bewegungen sind Reaktionen auf nicht eingelöste Gleichheitsversprechen der liberalen Moderne (Purtschert 2017: S. 15). In den Frauenbewegungen der 1970er Jahre entwickelten sich Identitätspolitiken zu einer politischen Praxis: Die Abwehr von zugeschriebenen Identitäten u.a. durch Selbsterfahrung war keine bloße Innenschau, sondern ein gemeinsamer Weg der Erfahrung der eigenen Unterdrückung im Patriarchat und der Möglichkeit ihrer Überwindung – also ein politischer Kampf (MacKinnon 1991: S. 83–86). Das Combahee River Collective (1979), eine US-amerikanische Gruppe Schwarzer lesbischer Feministinnen, steht paradigmatisch für diese Form der Identitätspolitik, denn das Kollektiv begriff Identität stets als Antwort auf eine Verwobenheit in multiple Herrschaftsstrukturen – Geschlecht, Sexualität, *race* und Klassenposition.

In emanzipatorischen Bewegungen gilt daher Identität immer als umkämpft, als eine Praxis, um die stets neu gestritten werden muss. Emanzipatorische Identitätspolitiken richten sich im Anschluss an den britischen Kulturwissenschaftler Stuart Hall (2016: S. 168-170) gegen essentialistische Vorstellungen von wesenhafter Ähnlichkeit oder Vergemeinschaftung.

Freilich sind Identitätspolitiken emanzipatorischer Bewegungen ambivalent: Einerseits wird Diskriminierung aufgrund (zugeschriebener) Identitäten abgelehnt, andererseits werden aber eben diese Identitäten angenommen, um Diskriminierung überhaupt benennen und sie gemeinsam überwinden zu können (Susemichel/Kastner 2018: 8f.). Diese Spannung läuft Gefahr, die gemeinsame Identität überzubetonen oder in einen „Opfercontest“ zwischen verschiedenen unterdrückten Gruppen zu verfallen und damit Solidarität zu verunmöglichen (ebd.; vgl. auch Schubert/Schiertz 2021: S. 573).

Linksliberale Kritiker\*innen nehmen diese Ambivalenz zum Anlass für eine Fundamentalkritik an Identitätspolitiken. Einige greifen die Unterscheidung der Philosophin Nancy Frasers (1995) zwischen Anerkennung und Umverteilung auf und behaupten, dass identitätspolitische Bewegungen soziale Umverteilung gegenüber kultureller Anerkennung vernachlässigten. Fraser (2003: S. 17) plädiert zwar dafür, Umverteilung *und* Anerkennung zum Ausgangspunkt von Gerechtigkeitspolitiken zu machen, reifiziert aber zugleich die Frontstellung zwischen den beiden Dimensionen. Der US-amerikanische Kulturwissenschaftler Mark Lilla (2017) kritisiert, dass es Identitätspolitiken der 1990er Jahre nicht mehr wie der frühen Arbeiter\*innenbewegung um kollektive und solidarische Aktionen, sondern lediglich um individualisierende Perspektiven der Selbstentfaltung gehe, also letztlich um einen Partikularismus, der sich in intersektionalen Verzweigungen verlöre (kritisch: Dowling/van Dyk/Grafe 2017: S. 412). Außerdem seien Identitätspolitiken essentialisierend (Fukuyama 2018) und de-politisierend, grenzten aus (Lilla 2017; Fukuyama 2018) und spalteten emanzipatorische Bewegungen (Fraser 2017). Identitätspolitiken gefährdeten also demokratische Öffentlichkeit.

Anders als diese Kritiker\*innen unterstellen, waren Fragen von Identität in queer-feministischen, anti-rassistischen und anti-kolonialen Kämpfen stets mit Fragen von materieller (Un-)Gleichheit verknüpft (Dowling/van Dyk/Grafe 2017: S. 413). Auch mögliche Verhärtungen und essentialisierende Zuschreibungen durch Identitätspolitik wurden in queer-feministischen Bewegungen immer wieder kritisch hinterfragt (vgl. Hark 1999; vgl. Schubert/Schwartz 2021). Richtig ist aber, dass Identitätspolitik sich gegen eine auf Klasse verengte Interessenpolitik wandten (van Dyk 2019: S. 25).

Die Verwendung des Konzepts Identitätspolitik ist auch in der kritisch-emanzipatorischen Literatur umstritten. Die Philosophin Mona Singer (2020: S. 90) beispielsweise will Identitätspolitik per se als anti-emanzipatorisch redefinieren und allein für rechte Politiken reservieren. Der Soziologe Albert Scherr hingegen unterscheidet Identitätspolitik danach, wie sie ihr jeweiliges Kollektivsubjekt konstruieren und wie sie mit Ein- und Unterordnung, Freiheit und Ungleichheit umgehen (Scherr 2021: S. 356). Minderheitspolitische Identitätspolitik zielen auf Anerkennung von Ungerechtigkeit und Diskriminierung, um diese zu beseitigen (ebd.: S. 357). Rechte Identitätspolitik hingegen konstruieren zwar auch eine Situation der Ungerechtigkeit, doch geht es diesen Akteur\*innen um ein politisches Projekt, das Ungleichheit, Hierarchie und Herrschaft – verkörpert in den Figuren des ‚kleinen Mannes auf der Straße‘ und des Führers – stabilisieren will. Vergemeinschaftung in einem Kontext von Ungleichheit, Hierarchie, Unterwerfung, Ausgrenzung und Autoritarismus sind also Kernelemente rechter anti-emanzipatorischer Identitätspolitik.

Im Folgenden möchte ich Strategien rechter „maskulinistischer Identitätspolitik“ am Beispiel von Deutschland und Österreich darlegen. Deutlich werden soll, dass diese Form der Identitätspolitik Teil einer umfassenden politischen Strategie der autoritären Rechten ist: der Erringung kultureller Hegemonie und der Eroberung politischer Macht mit dem Ziel der Entdemokratisierung und des Autoritarismus. Das Konzept Identitätspolitik will somit zur Herrschaftskritik beitragen.

### **3 Rechtsautoritäre maskulinistische Identitätspolitik. Die Beispiele Deutschland und Österreich**

Maskulinistische Identitätspolitik besitzt zwei Dimensionen: zum einen den Diskurs der Viktimisierung von Männern im Kontext einer Geschlechter- und Sexualitätspanik und zum zweiten das Versprechen der Rettung und der affektiven Kompensation.

### 3.1 Geschlechter- und Sexualitätspanik

Die autoritäre Rechte zielt darauf, Widersprüche neoliberaler Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre ebenso wie damit verknüpfte ambivalente Emotionen aufzugreifen. Rechte Parteien und Organisationen wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD), die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die kurzlebige österreichische Partei „Team Stronach“ und die „Identitären“ verschärfen vor allem männliche Enttäuschungen über die Neuorganisation der Erwerbsarbeit und wohlfahrtsstaatlichen Abbau. Sie schüren Ängste vor dem Verlust von Sicherheiten auf dem Arbeitsmarkt sowie vor drohendem Wohlstandsverlust. Dabei deuten sie Ursachen sozialer Ungleichheit, die durch die neoliberalen Umstrukturierungen entstanden, von einer Klassen- in eine Migrationsfrage um und verknüpften dies mit Fragen von Geschlecht und Sexualität. Frauen, Homosexuelle und Trans\*Personen seien wie auch Migrant\*innen unverdient Gewinner\*innen der neoliberalen Transformationen. Die autoritäre Rechte provoziert also Kämpfe um kulturelle Themen, z.B. um geschlechtergerechte Sprache, um sich auflösende heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit und um nationale bzw. ethnische Reinheit. Daraus soll eine Geschlechter- und Sexualitätspanik entstehen, die die materiellen Verhältnisse überdeckt.

Als eine der ersten rechten Politikerinnen im deutschsprachigen Raum griff Barbara Rosenkranz (2008), damals noch in der FPÖ, das Geschlechterthema auf. Gender berge, so ihre Erzählung, ein großes Gefährdungspotenzial: Die Dekonstruktion der binär-hierarchischen Geschlechter- und Sexualitätsordnung führe zu einem umfassenden Identitätsverlust und bringe die tradierte Ordnung von Familie, Nation und Staat ins Wanken (vgl. ebd.: S. 11).

Autoritäre Rechte nutzen die so geschürten Ängste im Kampf um „kulturelle Hegemonie“,<sup>1</sup> d.h. sie wollen ihre Gesellschafts- und Politikvorstellungen zum Common Sense bzw. hegemonial machen und auf diesem Weg politische Macht erringen. Für diese Strategie eignen sich Geschlecht und Sexualität deshalb hervorragend, weil sie tief in die Alltagspraxen der Menschen eingelagert sind. Daher haben sich rechte Parteien dem globalen Kampf gegen Gender angeschlossen (Fetz 2024).

Der durch neoliberale Veränderungen widersprüchliche, fragmentierte und krisenhaft erschütterte Alltagsverstand der Menschen soll zu einem neuen, vergleichsweise schlichten und konsistenten Narrativ verfügt werden – nämlich zu einer Bedrohungs- und Opfererzählung. Rettung wird durch Identität versprochen.

Die größte Opfergruppe in diesem rechtsautoritären Diskurs sind in Deutschland und Österreich weiße Männer. Neoliberale Transformationen werden von der autoritären Rechten als fundamentale Erschütterungen im männlichen Alltag umgedeutet, als Verlust traditio-

1 Mit dem Konzept „kultureller Hegemonie“ betonte der italienische Marxist Antonio Gramsci in den 1930er Jahren, dass für politische Transformationen nicht nur materielle Verhältnisse, sondern auch kulturelle Bedingungen des Alltags verändert werden müssen. Rechte Akteur\*innen greifen diesen Gedanken auf.

neller, souveräner weißer Männlichkeit und männlicher Werte in der Mehrheitsgesellschaft. Folgende Bedrohungs- und Opfererzählungen finden sich in zahlreichen rechtsautoritären Publikationen.

Das Ende männlicher Vormachtstellung in der Familie durch die Integration von Frauen in Erwerbsarbeit, also die Erosion des männlichen Familienernährer-Modells, impliziere den Verlust von Liebe, die ja, so die tradierte Vorstellung rechter Akteur\*innen, in der heterosexuellen Familie bzw. Partnerschaft walten sollte. Männer gelten als von benachteiligenden Scheidungsgesetzen bedroht, die Frauen bevorzugten und Männern ihre Kinder raubten, so Andreas Unterberger (2015: S. 153) in einer Publikation des „Team Stronach“. Auch gesetzliche Maßnahmen gegen Partnergewalt und sexuelle Belästigung gefährdeten die Position von Männern, würden sie doch unter einen Generalverdacht der Gewalttätigkeit gestellt (ebd.: S. 152ff.). Eine generelle „Antigewalt- und Antikörperlichkeitserziehung“, so ein weiteres Narrativ, mache aus der Mehrheit der weißen Männer in Deutschland „Weicheier“, wie Björn Höcke (2018: S. 114) formuliert. Dies beginne bereits in der Schule, wo Jungen Opfer von Lehrerinnen und Gleichstellungsmaßnahmen würden. Sie müssten sich an die Verhaltensweisen von Mädchen anpassen und könnten deshalb männliche Werte wie „Mut“ und „Risiko“ nicht mehr erlernen, wie Werner Reichel (2015: S. 109) ebenfalls in der Publikation des „Team Stronach“ mahnt.

Maximilian Krahl (AfD) beklagt in einem Twitter-Video, dass heterosexuelle Männer keine Freundinnen mehr fänden. Dies liege nicht zuletzt daran, dass Männer sich hätten einreden lassen, „soft“ sein zu müssen.<sup>2</sup> Krahl (2024: S. 39f.) sieht in der Gegenwart „schwache, post-heroische“ und unmännliche Männer und kühle, einseitig berufsorientierte und unweibliche Frauen einander gegenüber [stehen]“. Auch Unterberger (2015) resümiert, dass weiße Männer zunehmend „verunsichert, feige und perspektivenarm“ seien. Höcke (2018: S. 113) sieht das männliche Selbstbewusstsein als „verkümmert“.

Insgesamt meinen autoritär-rechte Akteur\*innen, eine „Feminisierung“ der Gesellschaft zu beobachten (Reichel 2015: S. 109), weil die Ordnung westlicher Gesellschaften durch die Sichtbarkeit von Frauen und ihre gestiegene Entscheidungsmacht in Frage gestellt werde. Krahl (2024: S. 41) macht die Feminisierung an einem Testosteronmangel fest und sieht darin wiederum ein Indiz für den Verlust von Männlichkeit.

Das Narrativ der Feminisierung schließt an weitere Verschwörungserzählungen der autoritären Rechten an, z.B. die des überbordenden Einflusses der sogenannten „Homolobby“ auf Kinder und Jugendliche (Patrioten 2022), die durchaus strukturelle Ähnlichkeit mit antisemitischen Narrativen besitzen.

Zunehmend geraten in den letzten Jahren Trans\*Personen ins Blickfeld rechtsautoritärer Abwertung. Trans\*Personen stehen im rechtsautoritären Denkschema für die Gefahr des

2 <https://twitter.com/cbgspender/status/1685343919943364608?s=48&t=BEjml6Vf07FqgJf92br8oA>; abgefragt am 25. September 2023.

Uneindeutigen, für die Zerstörung polarer Geschlechtergewissheiten und damit den Verlust von insbesondere weißer männlicher Identität. „Wir sagen weiterhin die Wahrheit“, so beispielhaft für viele rechte Äußerungen die österreichischen „Patrioten in Bewegung“, eine Tarnorganisation der „Identitären“: „Ein Mann bleibt ein Mann, eine Frau eine Frau und eure Propaganda bleibt Abfall“ (Patrioten 2022). Im Juni 2022 riefen diese Aktivist\*innen einen „Patrioten Monat“ gegen den „Pride Monat“ aus (Schmid 2022). Ein Vertreter der Wiener FPÖ sekundierte und kritisierte die „Globohomo-Ideologie“,<sup>3</sup> ein Begriff, der auf eine vermeintlich „globale Homogenisierung“ durch Multikulturalismus sowie eine globale homosexuelle Verschwörung hinweisen will.

Die politische Rechte nutzte die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in deutschen Städten, um Ressentiments gegen muslimische Migranten zu schüren. Mit dieser Strategie der Stigmatisierung ist die Erzählung von der Bedrohung durch migrierte Männer, durch ihre ‚andere‘ Sexualität, verknüpft. Nicht nur Frauen der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch weiße Männer gelten als Opfer einer wilden, nicht gezügelten migrantischen Sexualität – während Männern der Mehrheitsgesellschaft ihre vermeintlich natürliche Aggressivität durch Gleichstellungspolitiken ausgetrieben worden sei, sie also gezähmt worden seien. Weiße Männer könnten, weil sie „verweichlicht“ seien, ‚ihre‘ Frauen nicht mehr vor „importierter Gewalt“ schützen.

Die autoritäre Rechte in Deutschland und Österreich befeuert also eine moralische und affektive Geschlechter- und Sexualitätspanik, indem sie Männlichkeit als gefährdet, fragil, prekär und vulnerabel zeichnet und so Emotionen wie Angst, Bedrohung und Furcht mit Opfer- und Feindbildern verknüpft. Auf der Grundlage dieser Bedrohungs- und Viktimisierungsthesen propagiert die autoritäre Rechte einen umfassenden Verlust von Ordnung und Sicherheit, von Kontrolle über das eigene Leben und von Handlungsmacht. Sie beschwört gleichsam eine ‚Krise weißer Männlichkeit‘. Aber mehr: Die autoritäre Rechte folgert daraus ein Recht auf Notwehr, das weißen Männern erlaubt, muskuläre, aggressive und militaristische Männlichkeit zu leben. Die autoritäre Rechte sieht es als ihre Aufgabe, eine solche Vorstellung als Kompensation für Verluste und Bedrohungen anzubieten.

### **3.2 Weiße maskulinistische Identitätspolitik: affektive Kompensation**

Die Angst vor dem Verlust von gesellschaftlicher Ordnung wird im autoritär-rechten Diskurs mit Wut gegen Gleichstellungspolitiken, aber auch Hass auf jene, die von diesen Politiken vermeintlich profitieren, kombiniert. Mit diesem Hass ist eine „Resouveränisierung“

3 Austria Presse Agentur, FPÖ – Kohlbauer. Vorlesung von Dragqueen vor Kindern stoppen, OTS0062, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20220603\\_OTS0062/fpoe-kohlbauer-vorlesung-von-dragqueen-vor-kindern-stoppen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220603_OTS0062/fpoe-kohlbauer-vorlesung-von-dragqueen-vor-kindern-stoppen); abgefragt am 23. Januar 2025.

von Männlichkeit (zum Begriff Forster 2006) verbunden. Die Rechte stellt die Wiederherstellung einer männlichen Identität mit mehreren Facetten in Aussicht. Im Zentrum neuer männlicher Identität steht die Re-Etablierung von männlicher Suprematie, die *erstens* auf traditionellen Männlichkeitsimaginationen, also der Festigung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit fußt. Dies impliziert einen patriarchal-paternalistischen Männertyp, den männlichen Familienernährer, der wieder in sein Recht gesetzt werden soll und für ‚seine‘ Ehefrau und die Familie, aber auch für größere Dinge wie die Nation sorgen kann (Höcke 2018: S. 118f.).

*Zweitens* gründet weiße männliche Suprematie auf aggressiver Männlichkeit. Mit der Resouveränisierung ist auch eine Aufwertung maskulinistisch kodierter Eigenschaften verbunden: Reichel (2015: S. 109) plädiert dafür, dass Männer Mut und Risikobereitschaft wieder erlernen sollen. Höcke will der vermeintlichen Krise der Männlichkeit mit einer heroischen, ja militaristischen Männlichkeit begegnen. Auf einem AfD-Aufmarsch in Erfurt im November 2015, also nach dem Sommer der Migration, schwor er seine Zuhörer\*innen entsprechend ein:

„Ich sage: Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken. Denn nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“<sup>4</sup>

Autoritär-rechten Akteur\*innen in beiden Ländern geht es also um die Wiederherstellung eines autonomen, heroischen und kriegerisch-soldatischen männlichen Subjekts. Mit dieser Ausprägung maskulinistischer Identitätspolitik geht auch eine affektive Resouveränisierung von Maskulinismus einher – nämlich das Recht darauf, wütend und hasserfüllt zu sein, insbesondere gegenüber den als ‚Andere‘ Identifizierten. Männer werden daher ermutigt, ihre Angst in Wut zu modulieren und diese Wut zu äußern. Marc Jongen (AfD) propagierte im rechten Think Tank, der damals noch „Institut für Staatspolitik“ hieß, ein „Thymos-Training im Zeitalter der Migration“. Damit meint er ein Trainieren maskulinistischer Aggressivität, also die rechtmäßige Betonung von Mut und Zorn<sup>5</sup> und ein Ende der westlichen „Zivilisierung“ von Trieben (Jongen 2017).

Was ist das Ziel dieser Strategie? Autoritär-rechte Akteur\*innen greifen im Kontext gesellschaftlicher Transformation und fortbestehender sozialer Ungleichheiten vor allem männliche Enttäuschungen, Unsicherheiten, Ohnmachtsgefühle, Angst und Scham auf, verstärken sie und deuten sie in Hass auf Frauen und Queers sowie auf Gleichstellungs- und LGBTIQ-Politiken, in Wut gegen ‚Andere‘, vor allem gegen Migrant\*innen, um. Sie verknüpfen diese negativen Emotionen mit dem Versprechen männlich-weißer Suprematie und eindeutiger Geschlechterhierarchien. Affekte und Emotionen werden zu Modi, um den historischen Verfall, ein Narrativ der Dekadenz, eine moralische Geschlechter- und Sexualpanik

4 <https://www.youtube.com/watch?v=dvFjiPv93gc>, abgefragt am 23. Januar 2025.

5 Jongen bezieht sich hier auf Platon und Aristoteles, vor allem aber auf die Schrift *Zorn und Zeit* seines akademischen Lehrers Peter Sloterdijk (2008).

in der Gegenwart mit einer strahlenden Zukunft zu verknüpfen. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft wird mit rechtsautoritärer Führerschaft, also der Aussicht verbunden, dass ein charismatischer Führer das Selbstvertrauen untergeordneter Männlichkeiten steigern kann. Autoritär-rechte Akteur\*innen inszenieren sich also vor dem Krisenszenario als Retter\*innen von Männlichkeit.

Freilich geht das rechtsautoritäre Hegemonieprojekt über das Kanalisieren von Affekten wie Angst, Ärger und Wut hinaus, denn es bietet auch positive Gefühle der Zugehörigkeit und der Liebe (Leser/Spissinger 2020). Maskulinistische Identitätspolitik enthält also auch ein Versprechen der Sorge, nämlich der Sorge in der (heterosexuellen) Kleinfamilie mit deren Liebesideal sowie der Sorge um das ‚eigene Volk‘, das ‚eigene Land‘ und die ‚eigene Nation‘. Die antagonistische Mobilisierung des „Wir“ einer wiedergewonnenen Männlichkeit enthält also ein nationalistisch und maskulinistisch verengtes Solidaritäts- und Liebesversprechen – und die exklusiv und exkludierend-rassistisch verstandene ‚Heimat‘ wird zur Metapher dieser männlichen Solidargemeinschaft. Die FPÖ beispielsweise bezeichnet sich als „soziale Heimatpartei“<sup>6</sup>. Rechtsautoritäre Parteien greifen also „Identitätsängste“ auf und vermitteln „durch Exklusion ein Gefühl von Zusammengehörigkeit“ (Frölich-Steffen 2004: S. 283).

## 4 Fazit

Weiß maskulinistische Identitätspolitik ist ein Einsatz im Kampf sowohl um „hegemoniale Männlichkeit“ wie auch um „kulturelle Hegemonie“. Mit dieser Strategie wollen rechtsautoritäre Akteur\*innen gesellschaftliche Macht- und politische Herrschaftsverhältnisse in Richtung Maskulinismus, Ungleichheit und Autoritarismus verschieben. Sie zielen damit auf ein neues Verständnis von Demokratie, das weniger auf Selbstbestimmung und Partizipation, sondern auf Führung, Disziplin sowie Law-and-Order basiert. Die Zerstörung des ‚Demos‘ und die Etablierung eines ‚Ethnos‘ mit vornehmlich männlicher Vergemeinschaftung will Androkratie, also Männerherrschaft, statt Demokratie realisieren. In dieser Androkratie, so die rechtsautoritäre Dystopie, könne maskulinistische Identität her- und auf Dauer gestellt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse lässt sich resümieren: Das Konzept Identitätspolitik kann als herrschaftskritisches Instrument eingesetzt werden. Aber mehr noch: Nicht queer-feministische, anti-rassistische und postkoloniale Mobilisierungen haben die autoritären Rechte hervorgebracht, sondern vielmehr zielt deren weiße maskulinistische identitätspolitische Strategie darauf, kulturelle und materielle Verhältnisse zu verschieben und neu zu deuten. Damit trägt die autoritäre Rechte – neoliberale Transformationen verschärfend –

6 <https://www.fpoe-noe.at/bezirksseiten/bezirk-baden/fpoe-oberwaltersdorfat/news-detail/artikel/fpoe-soziale-heimatpartei-und-wertegemeinschaft/>, abgerufen am 23. Januar 2025.

zur Krise der politischen Autorität, also dazu bei, die anderen Parteien weiter zu delegitimieren, um so die eigenen Wahlgewinne zu befördern und politische Machtpositionen einnehmen zu können.

## Literaturverzeichnis

- Betz, Hans-Georg (2003): Xenophobia, Identity Politics and Exclusionary Populism in Western Europe. In: *Socialist Register* Vol. 39, S. 193-210.
- Combahee River Collective (1979): The Combahee River Collective Statement. In: Eisenstein, Zillah R. (Hrsg.): *Capitalist patriarchy and the Case for Socialist Feminism*, New York/London: Monthly Review Press, S. 362-372.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: *Prokla*, 47/3, S. 411-420.
- Fetz, Simon (2024): Antifeminismus und Antigenderismus. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nürthen, Inga (Hrsg.): *Handbuch Politik und Geschlecht*. Band 34. Version 1. Opladen: Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.auasf.1-0>.
- Forster, Edgar (2006): Männliche Resouveränisierungen. In: *Feministische Studie* 2, S. 193-207.
- Fraser, Nancy (1995): From redistribution to recognition? Dilemmas of justice in a „post-socialist“ age. In: *New Left Review* 212, S. 68-93.
- Fraser, Nancy (2003): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: Fraser, Nancy/Honneth, Axel: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 12-42.
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, S. 77-90.
- Frölich-Steffen, Susanne (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33/3, S. 281-295.
- Fukuyama, Francis (2018): Against identity politics: the new tribalism and the crisis of democracy. In: *Foreign Affairs* 97/5, S. 90-114.
- Gottzén, Lucas (2025): Vulnerability, sovereign masculinity and male identity politics in the manosphere. In: *Gender and Justice* 1(1), S. 13-31.
- Hall, Stuart (2016): *Ideologie, Identität, Repräsentation*. Hamburg: Argument.
- Hark, Sabine (1999): *deviante Subjekte: Die paradoxe Politik der Identität*. Wiesbaden: VS.
- MacKinnon, Catharine A. (1991): *Toward a feminist theory of the state*. Cambridge: Harvard University Press.
- Marx Ferree, Myra (2020): The Crisis of Masculinity for Gendered Democracies: Before, During and After Trump. In: *Sociological Forum* 35/S1, S. 898-917.
- Leser Julia/Spissinger Florian (2020): The functionality of affects: conceptualizing far-right populist politics beyond negative emotions'. In: *Global Discourse* 10, H. 2, S. 325-342.
- Lilla, Mark (2017): Das Scheitern der Identitätspolitik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1, S. 48-52.
- Löffler, Marion (2020): Populist attraction: the symbolic uses of masculinities in the Austrian general election campaign 2017. In: *Norma. International Journal for Masculinity Studies* 15/1, S. 10-25.

## Maskulinistische Identitätspolitik

- Löffler, Marion (2024): Politische Männlichkeiten. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nürthen, Inga (Hrsg.): Handbuch Politik und Geschlecht. Band 34. Version 1. Opladen: Barbara Budrich, S. 1–11; <https://doi.org/10.3224/pg.2024.pmm11-0>.
- Mudde, Cas und Rovira Kaltwasser, Cristobal. 2015. Vox populi or vox masculini? Populism and gender in Northern Europe and South America. In: Patterns of Prejudice, 49(1–2): S. 16–36.
- Neiman, Susan (2023): Links ist nicht woke, Berlin: Hanser.
- Norocel, Ov Cristian (2010): Constructing radical right populist resistance: metaphors of heterosexist masculinities and the family question in Sweden. In: Norma. Nordic Journal of Masculinity Studies, 5(2): S. 169–183.
- Purtschert, Patricia (2017): Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik. Lernen vom Combahee River Collective. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 36/69, S. 15–22.
- Sauer, Birgit (2020): Authoritarian Right-Wing Populism as Masculinist Identity Politics. The Role of Affects. In: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hg.): Right-Wing Populism and gender. European Perspectives and Beyond. Bielefeld: transcript, S. 23–39.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt/M.: Campus.
- Scherr, Albert (2021): Rassismuskritik als Identitätspolitik. Anfragen an ein allzu einfaches Weltbild und seine Kritik. In: Sozial Extra 5, S. 354–360.
- Schmid, Fabian (2022): Wie Rechtsaußen und die FPÖ Stimmung gegen den Regenbogen machen, in: Der Standard 4.6., <https://www.derstandard.at/story/2000136308927/wie-rechtsaussen-und-die-fpoe-stimmung-gegen-den-regenbogen-machen> [Zugriff: 23.01.2025].
- Schubert, Karsten/Schwartz, Helge 2021: Konstruktivistische Identitätspolitik. Warum Demokratie partikulare Positionierung erfordert. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31/4, S. 565–593.
- Singer, Mona 2020: „Man kann sich nur als das wehren, als das man angegriffen wird.“ Zur Debatte um Identitätspolitik und politische Korrektheit. In: Jahrbuch für Pädagogik 2018/1, S. 87–100.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens (2018): Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Münster: Unrast Verlag.
- van Dyk, Silke (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/9–11, S. 25–32.
- Wodak, Ruth/Rheindorf, Markus (2022): Identity Politics Past and Present. Political Discourses from Post-War Austria to the Covid Crisis. Exeter: University of Exeter Press.

## Quellen

- FPÖ (2024): Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024. Wien.
- Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning. Lüdinghausen: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung.
- Jongen, Marc (2017): Migration und Thymos-Training. Vortrag auf der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik. [https://www.youtube.com/watch?v=cg\\_KuESI7rY](https://www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY) [Zugriff 05.07.2019; Video nicht mehr verfügbar]. Abgedruckt in Sezession 76, Februar: „Migration und Stress-Training“, <https://sezession.de/59583/migration-und-stress-training> [Zugriff: 29.01.2025].
- Krah, Maximilian (2024): Politik von rechts. Ein Manifest. Schnellroda: Antaios.
- Lichtmesz, Martin (2020): Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung. Schnellroda: Antaios.

Patrioten (2022): Patrioten in Bewegung <https://patrioten-in-bewegung.info/wp/uberuns/> [Zugriff 10.10.2022; Website nicht mehr erreichbar].

Reichel, Werner (2015): Der Genderismus und seine Opfer. In: Günther, Christian/Reichel, Werner (Hrsg.): Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft. Wien: Frank&Frei, S. 99–128.

Rosenkranz, Barbara (2008): MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen. Graz: Ares Verlag.

Sloterdijk, Peter (2008): Zorn und Zeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Unterberger, Andreas (2015): Die Männer: verunsichert, feige und perspektivenarm. In: Günther, Christian/Reichel, Werner (Hrsg.): Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft. Wien: Frank&Frei, S. 145–160.

## Lese-Empfehlungen

Löffler, Marion (2020): Populist attraction: the symbolic uses of masculinities in the Austrian general election campaign 2017. In: Norma. International Journal for Masculinity Studies 15/1, S. 10-25.

Norocel, Ov Cristian (2010): Constructing radical right populist resistance: metaphors of heterosexist masculinities and the family question in Sweden. In: Norma. Nordic Journal of Masculinity Studies, 5(2): S. 169–183.

Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt/M.: Campus.

**Prof. i.R. Dr. Birgit Sauer.**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Österreich